



REPUBLIK SLOWENIEN

KABINETT DES MINISTERPRÄSIDENTEN

INTERVIEW

MIT DEM MINISTERPRÄSIDENT DER REPUBLIK SLOWENIEN JANEZ JANŠA FÜR DAS MAGAZIN PROFIL

Ljubljana, 5. November 2007

OTMAR LAHODYNSKY: Die Situation in Slowenien erinnert an Österreich nach dem EU-Beitritt: Die Wirtschaft boomt, aber die Bevölkerung klagt über Preiserhöhungen. Wird die kommende EU-Präsidentschaft Sloweniens daran etwas ändern können?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Ich sehe die Lage anders. Die Beliebtheit der EU ist in Slowenien immer noch groß. Die Mehrheit der Bevölkerung macht auch nicht die EU verantwortlich für die steigenden Preise, sondern meine Regierung.

OTMAR LAHODYNSKY: Schlecht für Sie. In einem Jahr finden in Slowenien Parlamentswahlen statt. Slowenien hat als erstes der neuen EU-Mitgliedsländer heuer den Euro eingeführt. Auch in Österreich stiegen nach der Währungsumstellung die Preise.

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Der Euro hat zu den höheren Preisen sicher beigetragen, vor allem in Restaurants und Kaffeehäusern. Eine Tasse Kaffee kostete früher, in Tolar umgerechnet, 50 Cent, heute einen Euro. Für Preiserhöhungen gibt es ja andere Gründe, die weltweite Ursachen haben, etwa die Anhebung der Ölpreise.

OTMAR LAHODYNSKY: Unter den Euro-Teilnehmern hat Slowenien mit 3,4 Prozent die höchste Inflationsrate.

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Aber wir traten dem Euro schon mit der hohen Inflation bei. Wir haben bis Juli die Preisauszeichnung auch in der alten Tolar-Währung vorgeschrieben. Da konnten die Leute besser vergleichen. Seither haben leider einige Branchen die Preise deutlich angehoben. Aber ich möchte schon betonen, dass die vielleicht im EU-Vergleich hohe Inflation zugleich die niedrigste in der Geschichte Sloweniens ist. Vor fünf Jahren hatten wir noch acht Prozent. Aber damals hatten wir ein Wirtschaftswachstum von nur drei Prozent, jetzt sind es 6,5 Prozent.

OTMAR LAHODYNSKY: Eine der größten Gewerkschaften in Slowenien überlegt die Ausrufung eines Generalstreiks noch im Herbst. Sie forderte: Wenn Slowenen schon europäische Preise bezahlen müssen, sollten sie auch europäische Löhne bekommen.

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: In manchen Branchen sind bei uns die Löhne wirklich zu niedrig. In der Textilindustrie liegen sie an der Grenze. Wenn sie dort angehoben werden, werden die Fabriken in Länder mit niedrigeren Löhnen verlagert. Ein Generalstreik würde die Situation verschlimmern. Wir haben vor einem Jahr im Zuge der Steuerreform die Lohn- und Einkommenssteuern gesenkt, was dazu führte, dass heuer die Löhne im Durchschnitt um 8,8 Prozent höher sind als vor einem Jahr.

OTMAR LAHODYNSKY: Slowenien übernimmt mit Jahreswechsel den EU-Vorsitz. Welche Ziele streben Sie nach der Einigung auf den EU-Reformvertrag an? Was kann ein kleines Land überhaupt bewegen?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Einiges. Wir werden das Thema EU-Erweiterung um die Balkanstaaten prioritär behandeln, dazu noch die Überprüfung der Lissabon-Strategie, die für mehr Dynamik und mehr Jobs in der EU sorgen soll. Wir werden uns auch mit dem heiklen Problem Kosovo beschäftigen müssen.

OTMAR LAHODYNSKY: Bisher hat sich die EU intern nicht auf eine gemeinsame Position zum künftigen Status des Kosovo einigen können.

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Alles wartet auf den Bericht der Troika aus EU, Russland und USA an den UN-Generalsekretär am 10. Dezember. Aber dabei sollten sich alle EU-Staaten viel mehr mit diesem Problem beschäftigen.

OTMAR LAHODYNSKY: Gibt es eine andere Lösung außer der Unabhängigkeit für den Kosovo?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Der Bericht des UN-Vermittlers Ahtisaari sieht eine Unabhängigkeit unter gewissen Bedingungen vor. Ich denke, es lässt sich da schon noch einiges hinzufügen. Denn wir brauchen eine Lösung, welche die Balkan-Region nicht destabilisiert. Daher habe ich allen EU-Staats- und Regierungschefs einen Brief geschrieben und sie gebeten, noch vor Dezember Lösungsvorschläge zu machen. Denn auch die Situation in Serbien ist sehr fragil. Dort gibt es Kräfte, welche die Situation im Kosovo gegen die EU ausnützen wollen. Wir als EU müssen Serbien ein Signal geben, dass wir den Status des Kosovo nicht mit der europäischen Perspektive Serbiens verbinden.

OTMAR LAHODYNSKY: Darum haben Sie vorgeschlagen, Serbien 2008 den Status eines Beitrittskandidaten zu geben?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Ja, aber natürlich muss Serbien dafür alle Bedingungen erfüllen, also auch die Kooperation mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Nach meinen Informationen ist Serbien dazu bereit. Der Kandidatenstatus würde die Reformen in Serbien unterstützen. Auch mit Mazedonien sollten möglichst bald Beitrittsverhandlungen beginnen. Es gibt keinen besseren Kandidaten in der Region. Wenn die EU nicht bald verhandelt, geht dort die Motivation, den Weg der Reformen weiterzugehen, verloren.

OTMAR LAHODYNSKY: Kroatische Politiker haben Angst, dass Sie in einen Beitrittszug mit Serbien und Mazedonien gezwungen werden und ihren Vorsprung verlieren könnten.

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Kroatien ist ein Sonderfall. Dort steht man schon mitten in den Verhandlungen und ist gut unterwegs.

OTMAR LAHODYNSKY: Slowenien hat einen offenen Grenzstreit mit Kroatien. Wann wird dieser beigelegt?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Wir haben gemeinsam die rechtlichen Bedingungen dafür geschaffen, den Internationalen Gerichtshof in den Niederlanden mit der Streitschlichtung zu beauftragen. Für uns ist das nicht die beste Lösung. Eigentlich hätten wir ein bilaterales Abkommen bevorzugt.

OTMAR LAHODYNSKY: Aus dem slowenischen Geheimdienst kam die Nachricht, Sie hätten im Wahlkampf vom kroatischen Premier Ivo Sanader verlangt, er möge harte Worte zum Grenzstreit mit Slowenien gebrauchen, damit Sie die Wahlen gewinnen.

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Diese Behauptungen sind lächerlich und unwahr. Was daran stimmt, ist, dass wir abgehört wurden, als wir in Opposition waren. Das ist traurig. Wir haben den Chef des Geheimdienstes abgesetzt und dafür gesorgt, dass dieser Dienst die Regeln der slowenischen Verfassung befolgt.

OTMAR LAHODYNSKY: Wie stehen Sie zum ungelösten Konflikt mit Österreich, den zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten? Die slowenische Zeitung „Dnevnik“ hat Ihnen vorgeworfen, Sie hätten in dieser Frage eine viel zu weiche Position gegenüber Wien und auch gegenüber Jörg Haider vertreten.

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Egal, was ich tue, ich werde von dieser Zeitung immer kritisiert. Die Situation der Kärntner Slowenien ist nicht schwarz-weiß zu sehen. Es gibt einige Verbesserungen, was zweisprachige Schulen und Kindergärten betrifft. Sehr ermutigend finde ich die Tatsache, dass die Zahl der Schüler in diesen Einrichtungen steigt. Aber bei den Ortstafeln stecken wir fest, und das ist bedauerlich.

OTMAR LAHODYNSKY: Jörg Haiders Manöver mit Ortstafel-Verrückungen haben Sie nicht gestört?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Es ist traurig, dass der letzte Kompromiss, den Bundeskanzler Gusenbauer vorlegte, nicht angenommen wurde. Wir waren schon mit der früheren Regierung Schüssel in ständigem Kontakt in dieser Frage. Unsere Hauptgesprächspartner wird aber auch in der Zukunft die Wiener Regierung sein.

OTMAR LAHODYNSKY: Was halten Sie vom Kärntner Landeshauptmann?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Ich habe ihn bisher nicht getroffen. Aber auch wir haben eine Partei, die alles schlecht findet, was mit der EU zu tun hat, und die auch gegen den Beitritt war. Ich war mit dem früheren Bundeskanzler Schüssel und bin jetzt mit Alfred Gusenbauer in Kontakt. Die früheren Kontakte mit der Kärntner Landesregierung haben keine Resultate gebracht.

OTMAR LAHODYNSKY: In Slowenien ist das Thema Vergangenheitsbewältigung noch immer aktuell. Im laufenden Präsidentschaftswahlkampf erklärte einer der linken Kandidaten, Danilo Türk, dass die jugoslawische KP den Partisanenkampf dazu ausgenützt habe, um ein undemokratisches Regime in Jugoslawien zu etablieren. Damit löste Türk im linken Lager eine Protestwelle aus. Wie steht es um die nationale Versöhnung?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Seit den letzten Wahlen ist dieses Thema eigentlich nicht mehr so wichtig wie früher. Nur bei den Präsidentschaftswahlen ist es wieder hochgekommen, weil die Linke zwei Kandidaten ins Rennen schickte.

OTMAR LAHODYNSKY: In jüngster Zeit wurden aber neue Massengräber in der Nähe von Maribor/Marburg gefunden. Offenbar haben Tito-Partisanen nach Ende des Zweiten Weltkriegs dort tausende politische Gegner ermordet und verscharrt. Was wird die Regierung tun?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Noch wird an der Exhumierung der Opfer gearbeitet. Eine Regierungskommission wird über den Ort eines Mahnmals entscheiden.

OTMAR LAHODYNSKY: Ist es nicht seltsam, dass solche Massengräber erst mehr als 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg entdeckt werden?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Ein Teil dieser Gräber wurde schon früher entdeckt. Aber jetzt wurde bei Grabungsarbeiten festgestellt, dass diese Stellen weit größer sind als angenommen. Das hat riesige Ausmaße.

OTMAR LAHODYNSKY: Sie haben einst als Journalist gearbeitet, wurden 1987 wegen Verrats von Staatsgeheimnissen inhaftiert. Wie stehen Sie jetzt zu den Anschuldigungen, Sie würden über staatsnahe Eigentümer unliebsame Chefredakteure und Journalisten in slowenischen Medien auswechseln?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Ja, es gab auch Unterschriftensammlungen slowenischer Journalisten gegen mich. Aber es gibt keine einzige Zeitung in Slowenien, die in direktem oder indirektem Einfluss der Regierung stehen würde.

OTMAR LAHODYNSKY: Das läuft über staatsnahe Fonds. Eine Spitzenfunktionärin hatte sich über „unerträgliche Zensur“ durch die Regierung beschwert. Auch das Wiener „International Press Institute“ hat Sie deshalb kritisiert.

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Das wird alles maßlos übertrieben. Bei uns herrscht Meinungsfreiheit. Ich und meine Regierung werden doch laufend in slowenischen Medien kritisiert.